

WIRTSCHAFT

„Schwarzarbeit bekämpfen“

Die Kontrollen gegen Schwarzarbeit müssen wirksam erhöht werden. **Das fordern der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Günther Krug, und die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Burgunde Grosse.**

„Es ist ein Skandal, dass die Schwarzarbeit in Berlin ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Es gibt zu viele Unternehmen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Fiskus vorbei illegal beschäftigen“, so die beiden SPD-Abgeordneten.

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat im Frühjahr bereits die Einrichtung eines Korruptionsregisters durchgesetzt. Damit gibt es jetzt auch eine bessere Handhabe, gegen Schwarzarbeit vorzugehen. Das Register, das bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geführt wird, muss vor der Vergabe öffentlicher Aufträge eingeschaltet werden. Hier werden Firmen eingetragen, die gegen einschlägige Vorschriften verstoßen haben. Der SPD-Abgeordnete **Bernd Schimmler**: „Es wurden nicht nur reine Bestechungsdelikte mit hineingenommen, sondern auch Delikte aus dem Umfeld der Wirtschaftskriminalität bis hin zum Außenwirtschaftsgesetz, Subventionsbetrügereien und natürlich alles, was sich im Umfeld der Schwarzarbeit auch bei Verstößen gegen die Sozialgesetzbücher entsprechend darlegt.“ Während manche Unternehmen Geldbußen aus der Portokasse bezahlen, so Schimmler, sei der Entzug öffentlicher Aufträge für sie ein empfindlicherer Verlust.

„Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern Wirtschaftskriminalität, der wir konsequent den Kampf ansagen“, so Burgunde Grosse und Günther Krug. „Hierdurch verringern sich drastisch die Steuereinnahmen Berlins und die Sozialsicherungssysteme werden ausgehöhlt. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, dem der Senator für Wirtschaft und Arbeit nun entschlossen entgegen treten muss. Die Zusammenlegung der Ressorts für Arbeit und Wirtschaft waren gute Voraussetzungen am Anfang der Legislatur, um hier besonders effektiv und koordiniert zu handeln.“

Schwarzarbeit sei im übrigen kein berlinspezifisches Problem. Sie müsse im Schulterschluss aller Menschen in Deutschland angegangen werden. „Hierfür muss ein gesamtgesellschaftlicher Umdenkungsprozess in Gang gesetzt werden.“